

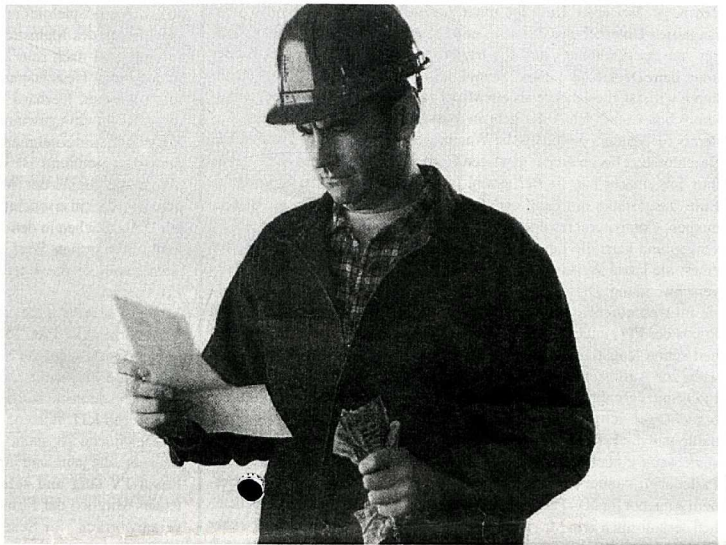
- ORF-Reform
- GPA
- Wohin geht Österreich?
- Deutschland

## Arbeitnehmer sollen leer ausgehen

# Nein

# zum

# Lohnraub!



Sozialistische Linkspartei / SLP  
 Österreichische Sektion des CWI/KRAI  
 Mährerstraße 14/11; A-1070 Wien  
 Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11  
 E-Mail: slp@pink.orf

**Ganz egal, ob sich die Wirtschaft in einer Krise befindet („Heuer geht's nicht, wegen der Krise“) oder ob es einen Aufschwung gibt („Heuer geht's nicht, das würde den Aufschwung abwürgen“), der Lieblingssatz der Unternehmer „Heuer ist kein Spielraum für Lohnerhöhungen“ paßt immer.**

von Sonja Grusch

Würde nur von Unternehmerseite so argumentiert werden, wäre das zwar lästig, aber logisch. Doch auch immer mehr führende Vertreter der Gewerkschaft folgen diesen Sprüchen. Bei den Verhandlungen 1994 fielen die Abschlüsse bis jetzt äußerst mager aus. Vor allem wenn man bedenkt, daß jene von 1993 keine oder nur eine sehr geringe Erhöhung der Reallöhne bedeuteten. Den letzten Berechnungen zufolge wird die Inflation 1994 rund 3% betragen. Das bedeutet, daß z.B. die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst (Lohnabschluß 1993 +2,55%) eine Reallohnverringerung hinnehmen mußten. Generell gab es 1993 nach einer Studie der AK bei den Reallöhnen aufgrund der höheren Sozialversicherungsbeiträge und der Steuerprogression eine Stagnation - also auch keine Erhöhung.

Die Berechnungen für 1995 (+2,5% Inflation) sind nicht sehr glaubhaft (auch jene für 1994 mußten stark

nach oben verändert werden. „Vergessen“ haben die Berechner wohl, daß im Dezember die Mieten aller Mietverträge, die älter als 9 Monate sind (und das sind die meisten) um 10 % angehoben werden. „Vergessen“ haben sie wohl auch, daß im Zuge des EU-Beitritts die Mehrwertsteuer für Wohnen erhöht werden muß. Weiters scheinen sie „vergessen“ zu haben, daß in der Vergangenheit Preisreduzierungen NICHT an die Konsumenten weitergegeben wurden und hoffen noch immer auf Preisreduzierungen im Zuge des EU-Beitritts. Da diese Inflationsberechnungen aber für die Lohnverhandlungen als Basis dienen, drohen Einbußen im Lebensstandard. Frei nach dem Motto „Inflation frißt Lohnerhöhung“.

**Gespert wird bei den Kleinen**

Den ersten Einschnitt mußten die 1,7 Millionen ASVG Pensionisten hinnehmen (+ 2,8%). Auswirkung hat das auch auf die BezieherInnen von Karenzgeld. Hier tritt ein Sparbeschluß von 1993 in Kraft. Die Er-

höhung von +0,3% beträgt maximal stolze 90 Groschen pro Tag.

Im EU-Vergleich nimmt Österreich Extrempositionen ein. Während Österreich bei der Inflationsrate an der Spitze liegt (+3,2% von August 1993 auf August 1994 - EU-Durchschnitt: 3,1%), finden wir uns bei den Lohnerhöhungen am anderen Ende wieder. Im August 1994 lagen die Löhne um 0,3% unter denen vom August 1993 - EU-Durchschnitt: +3,2% (Zahlen aus der WirtschaftsWoche Nr.40/1994).

**Umverteilung von unten nach oben**

Diese Umverteilung von unten nach oben ist aber nichts Neues. Die bereinigte Netto-Lohnquote (Steuern sind berücksichtigt, bereinigt gegenüber den Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur) ist von 1970 mit 57,1% auf 1992 51,7% gefallen. Natürlich sind in dieser Periode auch die Reallöhne gestiegen - aber die Gewinne eben noch viel stärker. Diese Tatsache sollten die Gewerkschaftsführer bedenken, bevor sie das nächste Mal einer „maßvollen“ Lohnrunde zustimmen. Denn maßvoll waren sie die letzten 20 Jahre.

Stolz wird verkündet, daß das Ziel eines Mindestlohnes von öS 10.000 nun fast erreicht sei. „Nur“ 110.000 lagen 1993 noch darunter. Aber: das Ziel von öS 10.000,- stammt aus dem Jahr 1990. Heute, wenn man die

inzwischen stattgefundene Inflation berücksichtigt, liegt dieser Betrag bei ca. öS 12.000,-. Die durchschnittliche Arbeiterin liegt z.B. mit ihrem Einkommen darunter.

**Kampf ist nötig**

Aber hier gibt es ein Problem. Die Spitzen von AK und Gewerkschaften haben aufgrund ihrer Einkommen schon lange nichts mehr mit jenen zu tun, die sie vertreten sollen. Das hat der Skandal um die AK-Spitzenbezüge gezeigt. Kein Wunder, daß bei einer derartigen Ämteran-

häufung und Überbezahlung das Vertrauen in Gewerkschaft und AK rasch schwindet.

Anstatt für Lohnerhöhungen zu kämpfen, freut sich die Gewerkschaftsführung, daß es seit Jahrzehnten keinen Streik für Löhne mehr gab. Anstatt unseren Teil unserer Arbeit zu fördern, beschränkt sich die Gewerkschaftsführung auf „maßvolle Lohnrunden“. Und das obwohl es längst Zeit für eine andere Gewerkschaftspolitik, eine andere Gewerkschaftsführung und für den Kampf um höhere Löhne, ist.

### Was wir wollen:

- ★ **öS 12.000,- netto Mindestlohn für alle Arbeitnehmer!**
- ★ **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**
- ★ **Automatische Mindestanpassung der Löhne an die Inflationsrate!**
- ★ **Eine Lohnrunde, die eine echte Verbesserung des Lebensstandards bringt!**

Der Standpunkt:

Forza Haider

Fast könnte man meinen, es handle sich um einen Treppenzug der Geschichte. Haider kommt mit seiner Bürgerbewegung...



Von John Evers

ORF: Der Hammer

Am 17.10.1994 wurde der RTL 2 Gründer Gerhard Zeiler zum neuen Generalintendanten des ORF gewählt...

von Nicole Hoffmann, AKÖ-Wien-Stid



Gerhard Zeiler

Der ORF, der als öffentlich rechtlicher Rundfunk, bei aller Kritik an seiner generellen Linie...

ze insgesamt Zeitlers Sparplänen zum Opfer fallen werden...

Die Demokratie

Lauf Gesetz darf der Generalintendant keinen direkten Einfluß auf die Programmgestaltung nehmen...

GPA muß in die Offensive!

VORWÄRTS interviewte den Betriebsrat Peter Weidner:

Du bist Mitglied und Schriftführer eines Angestelltenbetriebsrates und wirst Delegierter zum 13. Gewerkschaftstag der GPA...

P.W.: Wenn sie die GPA ihre beschlossenen Anträge ernst nimmt und versucht, diese umzusetzen...

Wird Sallmutter die GPA von ihrer bisherigen Politik gegenüber der SPÖ-Führung ausführen?

P.W.: Die gewinnbringenden, elektronischen Dienste sollen privaten Konzernen zugeschenkt werden...

Große Handelsketten, wie Kastner & Öhler, wollen aus dem Handels-KV fliehen...

P.W.: Wenn sich diese Linie im Unternehmertag durchsetzt, stehen wir vor einer grundsätzlichen Be-

währungssprobe. Dann geht es nämlich nicht nur um den KV. Dann geht es um die Grundstrategie...

Schritt für Schritt bereitet die Post für den Ausverkauf der Post vor...

P.W.: Die gewinnbringenden, elektronischen Dienste sollen privaten Konzernen zugeschenkt werden...

Große Handelsketten, wie Kastner & Öhler, wollen aus dem Handels-KV fliehen...

GPA Unsere Meinung

Viele GPA-Betriebsräte wollen JETZT „Klartext geben“, wenn nötig auch im Betrieb...



Die GPA wird kämpfen müssen

Kurz & Bündig

Steuerparadies Österreich Monaco, Lichtenstein, vergessen Sie's. Das neue Steuerparadies für Reiche ist Österreich...

Der Unternehmer trägt das Risiko? Das wird zumindest behauptet. Aber das größte Risiko haben wohl immer noch die Arbeitnehmer...

Für rund 12.000 Arbeitnehmer, deren Jobs im Zuge des EU-Bestritts in der Nahrungs- und Genussmittelbranche gefährdet sind...

Sparen, sparen, sparen Im Registrierbürotreibern kommen haben sich SPÖ und ÖVP auf Einsparungen von 250 Milliarden Schilling...

Zilk packelt mit Unternehmern Zilks Vorstoß, die Innenstädte-Geschäfte in der Fremdenverkehrsaison...

Angriff gegen Arbeitslose Der Anteil der Langzeitarbeitslosen und der älteren Arbeitslosen steigt erwiesenermaßen...

Nächstes Treffen: Mi, 30. 11. 1994, 19:00 im Cafe G'schamper Diener, 1060 Wien, Stumperg 26

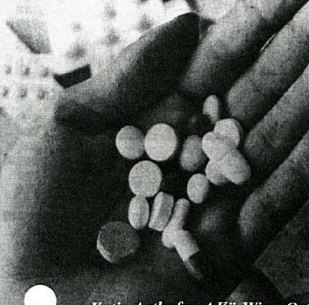
Wasser wird teurer!

Zu der ohnehin zu hohen Inflationsrate kommt ab 01.01.95 noch ein neuer Schock auf die Wiener zu...

von Sybille Uhadla, SJ Wien 3

Um neue Investitionen zu tätigen, müssen mehr als 20 Milliarden Schilling aufgetrieben werden...

Dieses „grüne Deckmännchen“, mit dem die Wasserverteilung von vielen Politikern begründet wird...



von Katja Arthofer, AKÖ-Wien-Ost

Die eine Seite: Der 52-jährige Dr. Anton Rolleder wurde erwischt, wie er Rohypnol verkauft hat...

Rohypnol skandal

Die andere Seite: Ein Jugendlicher kommt in Kontakt mit Drogen. Einmal erwischt, wird er sofort kriminalisiert...

Auf die steigende Anzahl von Drogentoten und Süchtige wird durch den Versuch, die Drogenmenge zu zerschlagen...

Gehaltsforderung des öffentlichen Dienstes

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern 4,5% Erhöhung der Löhne...

von Thomas Kerschbaum, PV in der Gemeinde Wien... ABER auch diesmal fordern die Gewerkschaften...

sätzlich sollen die Beamtenpensionen an die des ASVG (Schätzung 2,8%)...



Um viele Gewerkschaftsdein auch in die Praxis umzusetzen, treffen sich kurzzeitig Betriebsräte...

VORWÄRTS Gewerkschaftstreffen



Nächstes Treffen: Mi, 30. 11. 1994, 19:00 im Cafe G'schamper Diener, 1060 Wien, Stumperg 26

# Wohin geht Österreich?

Das Jahr 1994 mit der EU-Volksabstimmung, den AK- und Nationalratswahlresultaten stellt einen Wendepunkt in der Geschichte der 2. Republik dar. All die Dinge, die Österreich kennzeichneten, wie die Verstaatlichte, Neutralität, „sozialer Frieden“, Sozialpartnerschaft und Proporz und eine starke Sozialdemokratie, sind im Wanken begriffen.

von David Mum AKÖ-Wien-West

Jetzt will Vranitzky nach der EU auch in die NATO-Partnerschaft für den Frieden... LIF und FPÖ, sowie Teile der VP sagen dem „Kammernstaat“ den Kampf an, stellen die „Sozialpartnerschaft“ in Frage, und auch die Tage (Jahre) der „großen Koalition“ sind gezählt. Keine Frage, die Zeiten politischer und wirtschaftlicher Stabilität sind vorbei. Was bedeutet diese neue Situation für die österreichischen Arbeitnehmer?

### Offensive der Bürgerlichen

Das Wahlergebnis zeigte die Ablehnung weiter Teile der Arbeiterklasse und Jugendlichen die Unzufriedenheit mit der Politik der großen Koalition und der SPÖ-Führung im besonderen. Seine Ausdruck auf der Ebene der „abgegebenen Stimmen“ fand diese Ablehnung durch einen deutlichen Rechtsruck. VP und FP haben die absolute Mandatsmehr-

heit und mit dem LIF konnte sich eine Unternehmerpartei... deren, die hinter ein paar fortschrittlichen, liberalen Forderungen (bzgl. Kirche, Homosexuellenrechte, ...) ihr arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindliches Gesicht versteckt. We... tzt bevorsteht, ist eine verstärkte Gangart der Bürgerlichen. Es sollen die letzten Kernbereiche der Verstaatlichten und Positionen der Gewerkschaft attackiert werden (z.B. Post, ÖBB). 1995 soll die Privatisierung massiv vorangetrieben werden. Weitere Teile der Vöest, der ÖMV, sowie die ATW und Banken stehen auf dem Verkaufsplatz.

Die SPÖ in der Regierung sorgt hier für Ruhe und verhindert Proteste. Das hat für die Unternehmer den Vorteil, daß der „soziale Frieden“ erhalten bleibt, und den Nachteil, daß sie ihre Ziele nicht in voller Radikalität durchsetzen können. Fest steht aber, wenn der EU-Befritt werden, die Verstaatlichte zerschlagen, die Gewerkschaft weiter geschwächt ist, die SPÖ für die Unternehmer kaum noch einen Sinn mehr in der

Regierung hat. FPÖ

Die FPÖ ist sicherlich die Partei, die vom steigenden Protestpotential am meisten profitiert. Das Ziel der FPÖ ist ein „nichtsozialistisches“ Österreich.

Damit meint Haider ein von SP- und Gewerkschaftsfeindlich... „befreites“ Österreich, den Abbau der sozialen Sicherheit und der Verstaatlichten. Seine Aufdeckung des AK-Skandals sollte natürlich nicht die Privilegien beseitigen (die hätte er woanders auch suchen können), sondern die AK selbst. Trotzdem gewinnt 30% der Arbeiter die FPÖ. Haider will den Arbeitnehmern mit sozialer Demagogie die Unmöglichkeit ihrer Interessenvertretungen, wie AK und ÖGB einreden. Die Bonzen liefern ihm dafür mit ihren Privilegien große Vorwände und sind dafür auch verantwortlich. Momentan läuft die

Zeit für ihn, vor allem solange es keine Mobilisierung von links gibt. Eine FP-VP Machtübernahme 1996 oder 1998 scheint im Moment eine realistische Perspektive. Angesprochen von Berlusconi, der mit seiner Wahlbewegung nach 3 Monaten Ministerpräsident wurde, zieht Haider nun seine „Bürgerbewegung“ auf und findet zunehmend die eigene Partei unntz. Durch die ÖVP gehen tiefe Risse, die mit jeder Niederlage größer werden. Die teilweise unterschied-



Mit der SPÖ in die EU?

lichen Interessen ihrer Bünde (und damit ihrer sozialen Schichten) sind einfach nicht mehr unter einen Hut zu bringen. Der Druck Richtung Bürgerblock steigt jedenfalls in der ÖVP. Der Sturz Buseks, oder gar eine Parteispaltung könnte den Weg für die Kleinkoalitionäre frei machen.

### Gewerkschaft

Der ÖGB wurde in den letzten Jahren massiv geschwächt. Die Mitgliederverluste sind die viertschwersten in der OECD (Org. für wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa). Nur noch 40% der Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich organisiert und die Gewerkschaftsführerschaft versucht das dadurch zu kompensieren, daß jetzt Pensionisten mitgezählt werden. Der Anteil der Jugendlichen im ÖGB beträgt gerade 4,3%. Warum? Es ist für die meisten kein Sinn darin zu erkennen, Gewerkschaftsmitglied zu sein. Werbe-sprüche wie: „Mehr Gehalt. Je mehr wir sind desto mehr wird es.“, wie zuletzt von der GPA anlässlich der Kollektivverhandlungen, haben keinerlei Bezug zur Realität. Den Arbeitnehmern ist es nämlich relativ egal, ob sie eine Organisation mit 350.000 oder 500.000 Mitgliedern vor sich haben, wenn es keinerlei Vorteile gibt, die Kraft und Mobilisierung dieser Mitglieder einbringen. Während die Unternehmer in die Offensive gehen (Nichtzahlung des ersten Krankenstandtages, etc.),

### Sozialstaat Österreich?

Die Politik der großen Koalition machte die Reichen reicher und die Armen ärmer. Sogar der Bürgerliche

# SPÖ: Wie weiter?

Der erste Schock über die Wahlniederlage in der SPÖ-Basis ist vorbei. Wochelang war das „Ende der traditionellen Arbeiterpartei“ SPÖ Thema der Medien. Ist die SPÖ ein Auslaufmodell? Und wer trägt die Verantwortung für den Niedergang der Sozialdemokratie? Welche Möglichkeiten gibt es für Marxisten, jetzt in der SPÖ zu arbeiten?

von John Evers, AKÖ Gänserndorf

So gut wie niemand wählt die SPÖ aufgrund ihres Programmes oder besonders ihrer Inhalte, die sie vertritt. „Wofür steht die Sozialdemokratie?“ (im Gegensatz zu anderen Parteien), diese Frage können wahrscheinlich nicht einmal Spitzenfunktionäre klar beantworten. In praktisch allen zentralen Bereichen -Verstaatlichte, Ausländer, Steuern, ...- hat die SPÖ-Führung eine lapidarität bürgerliche Position bezogen: einen Anspruch auf die Schaffung einer alternativen (sozialistischen) Gesellschaftsordnung - wie er unter Kreisky zumindest noch bei hohen Feiertagen erhoben wurde - gibt es nicht. Der Rechtsruck der sich bei den letzten Wahlen in den Stimmengewinnen der FPÖ ausdrückte, wurde in den 80'ern von der SPÖ-Führung in der eigenen Partei vollzogen.

### Verlorene Heimat SPÖ?

Unter Vranitzky hat die Sozialdemokratie über 100.000 Mitglieder verloren. Gerade die roten Hochburgen hatten in den letzten zehn Jahren die schwersten Einbrüche: Jahr-

lagschenkassierung... -Öffnung der Partei für die neuen Mittelschichten“ war das große Schlagwort. Die neuen Mitglieder, die aus den neuen Mittelschichten“ gewonnen wurden, kann man wahrscheinlich ebenso wie die, die durch aktive Themensektionen gewonnen wurden, an einer Hand abzählen. In Wirklichkeit war „die Öffnung“ nur die organisatorische Anpassung an die politische Linie. Für die Politik der Parteiführung kann man eben keinen ehrenamtlichen Parteiparappat begeistern und mobilisieren. Im Gegenteil, für Vranitzky & Co ist „die Partei“ in ihrer klassischen Form meist eher ein Hemmschuh. Aber auch die sogenannten Traditionellsten befinden sich auf verlorenem Posten. Sie gehen zwar Lippenbekenntnisse wie: „wir müssen die Interessen der Arbeiter verteidigen“ von sich, stehen aber gleichzeitig für ein System aus Bürokratie, Privilegien und undemokratischen Entscheidungsstrukturen, das von vielen Arbeitnehmern zu recht abgelehnt, ja gehasst wird.

### Linker Flügel?

Einen „Rechtsruck“ der Parteiführung hat es in der Geschichte schon mehrmals gegeben. Entscheidende „Neuerungen“ ist, daß fast jeder Ansatz für einen linken Flügel innerhalb der SPÖ sowohl inhaltlich als auch organisatorisch zusammengebrochen ist. Die persönliche Karriere einzelner „Genossen“ veranschaulicht diese Entwicklung deutlich. Der Chef des linken Zeitungsprojektes „Aribune“ (mit dem nach dem Vorbild der britischen „Aribune“ in der Labour Party) Manfred Matzka

ist inzwischen löschnack oberster Ausländerabschieber. Michael Häupl, Initiator der „roten Plattform“ Anfang der 80'er, meint als Wiener Bürgermeister mit der ÖVP in Wirtschaftsfragen bestens harmonieren zu können. Die Genossen und Genossinnen, die von den Medien in irgend einer Art und Weise als Repräsentanten einer Linken links vom offiziellen Kurs gesehen werden, sind total isoliert, oft abgehoben von der Arbeiterbewegung und sie vertreten seltsame Konzepte. Was



Mit neuen Gesichtern eine neue Partei?

maßnahmen“, den Einfluß derjenigen Teile in der Partei, die am direktesten unter möglichem Basisdruck stehen (ÖGB und AK-Spitze), zurückzuführen. Möglichst ungestört sollen mit der ÖVP Privatisierungen (wie bei der Post), Sanierungen der ÖBB... durchgezogen werden. Hier wird es in der Zukunft auch am ehesten Bruchlinien und Ansatzpunkte für eine linke Opposition geben: anhand konkreter Fragen und Kämpfe in den Betrieben, wo sich die Parteiführung frontal gegen ihre gewerkschaftliche Basis stellt. Aufgabe von Linken in der SPÖ ist es, gemeinsam mit anderen hier aktiv zu sein, anstatt in leeren und faden Parteigruppen zu hocken.

### Perspektiven

Nach... vor ist die SPÖ DIE traditionelle Partei der österreichischen Arbeitnehmer - Niederlagen, die sie bei Wahlen erleidet, verschärfen das Kräfteverhältnis zu Ungunsten der Arbeiterklasse und der Linken (wie die Nationalratswahlen bewiesen). Da die Mitglieder und vor allem die Wähler der SPÖ im wesentlichen Arbeitnehmer sind, werden zu erwartende soziale und gewerkschaftliche politische Auswirkungen auf die SPÖ haben. Die Parteiführung versucht, versteckt hinter „Antikorruptions-

# Widerstand regt sich!

Im Rahmen des Nationalratswahlkampfes gründeten einig Wiener SJ-Bezirke (2,3,6,9,20) eine Plattform „Für einen sozialistischen Kurswechsel“. Die Plattform hat das Ziel, linke Kräfte in der Sozialistischen Jugend und in der SPÖ gegen die rechte Politik der Parteiführung zusammenzuführen und Veranstaltungen und Aktionen zu planen. Im Wahlkampf deutlich. Der Chef des linken Zeitungsprojektes „Aribune“ (mit dem nach dem Vorbild der britischen „Aribune“ in der Labour Party) Manfred Matzka

Die Reaktionen der Parteiführung nach dem katastrophalen Wahlergebnis bestätigten, daß Vranitzky & Co nach Wahlniederlagen nicht von selbst umdrehen, sondern weiter auf ihrem reaktionären Kurs, verbunden mit Ablehnung an die ÖVP, bleiben. Beispiele, wie ausländischerneidliche Gesetze, Privatisierung, die Sozialabgabe, Zivildienstgesetz oder neues Mietrecht, zeigen, daß die SPÖ Führung eine arbeitnehmerfeindliche Politik betreibt, die die Unternehmer in keiner Weise angreift. Und in Zukunft wird die SPÖ unter der ständigen Drohung einer blau-schwarzen Koalition den Angriffen der Bürgerlichen noch weniger entgegenzusetzen.

Wir wollen einen radikalen Kurswechsel durchsetzen, der sicher nicht durch das Austauschen von einigen Funktionären passieren wird. Die SPÖ kann nur Stimmen zurückgewinnen, wenn sie eine Politik im Interesse von Arbeitnehmern und Jugendlichen macht und das ist sicher nicht mit dieser Parteiführung und in einer Koalition mit der ÖVP möglich. In einem offenen Brief wollen wir an die aktive Parteibasis herantreten und die Plattform als linke Opposition weiter ausbauen.

von Claudia Sorger, SJ Wien 3



SPÖ hekt neue Angriffe aus!



Wahlplakat aus langstvergnügen-zeilen

gegen Rentenraub wählt SPÖ!

lich gingen im Schnitt ca. 5% ihrer Mitglieder. Insofern scheint der Zusammenbruch bei den Nationalratswahlen nicht besonders überraschend. Die Katastrophe hat sich aber Jahre durch-zwangweise zusammengelegete Sektionen, brachliegenden Vorfeldstrukturen (z.B. Jugendorganisationen) und Personalkürzungen in den Bezirksparlamenten angekündigt. Die Antwort der „fortschrittlichen Teile der Parteiführung“ war Modernisierung der Parteilarbeit durch Themensektionen, Er-





Nach FPÖ-Angriffen auf das AKÖ:

# Antifaschist erhielt Morddrohungen

Mehr als 4000 Antifaschisten gingen am 22. Oktober gegen das rechtsradikale Burschenschaftler treffen auf die Straße. Über 1000 Sicherheitsorgane sorgten dafür, daß die braunen Recken ihre Phrasen verbreiten konnten. Unter den Teilnehmern der Veranstaltung: FPÖ-Abgeordneter Walter Meischberger, der in seiner Rede auf das Antifaschistische Komitee Österreichs (AKÖ) eindrosch. Einen Tag später erhielt Manfred Wiesner, Mitglied des Koordinationsrats des AKÖ telefonische Morddrohungen...



Innsbrucks Polizisten beschützten die Faschisten

von einem  
Aktivisten des AKÖs

„Europa im Umbruck - und wo bleibt Südtirol!“ nannte sich der von rechtsextremistischen Burschenschaften veranstaltete „Gesamttiroler Freiheitstreffen“. Er hätte das größte Neonazitreffen des Jahres '94 werden sollen, um die Rechten besser zu vernetzen und Stärke zu demonstrieren. Als antifaschistische Gruppen im Juni davon Wind bekamen, begannen wir sofort mit der Gegenmobilisierung. Auch das Antifaschistische Komitee Österreich (AKÖ) war aktiv und organisierte einen eigenen Wiener Bus, sowie Fahrtplätze für die Bundesländergruppen. Unser Ziel war das Nazitreffen zu verhindern und den Rechten keine Möglichkeit zur Propaganda überlassen. Daraufhin mußten sie im Zuge unserer Kampagne wesentliche Programmpunkte fallen lassen, so ihren Aufmarsch durch Innsbruck und die geplante „Gedenkmesse für alle, die für die Freiheit und Einheit Tirols starben“. Außerdem konnten wir vielen Menschen klarmachen, wer sich hinter den Burschenschaften verbirgt und welche Ziele sie verfolgen: Rassismus und Militarismus. Zum Schluß konnte die braune Brut nur noch ihren Kongreß abhalten, zu dem weniger als 30% der erwarteten Teilnehmer erschienen.

Was den Rechtsextremen nicht gelang, nämlich uns Antifaschisten zu diskreditieren und einzuschüchtern, versuchte dafür die Polizei: In einer beispiellosen Medienhetze warnten sie vor „linksradikalen Ausschreitungen“ und ließ die Innsbrucker Bevölkerung „zu Hause zu bleiben und die Innenstadt zu meiden“. Polizeiliche Eliteneinheiten, die WEGA, Salzburger MEK und die Antiterror-Einheit COBRA ließen uns spüren, wo dieser Staat den Feind wirklich sieht: Nicht jene, aus deren Reihen sich neofaschistische Bombenleger rekrutierten, wurden durchsucht und abgegriffen, sondern die die gegen die ideologischen Ziehväter des rechtsextremen Terrors demonstrieren. Und als sie in der ZIB1 das so groß hinausposaunte Waffenarsenal der Linken zeigten, waren es zwei Taschenmesser und Schienbeinschützer. Die kolportierte Handgranate war eben nur eine Zeitungssente ... Auf der Abschlußkundgebung sagte die Demoleitung die Protestversammlung abends vor dem Kongreßhaus ab, da die Polizei nur einen 4m breiten Ein/u. Ausgang zuließ und Provokationen vorrauszusehen waren. Diese wie auch andere Entscheidungen der Demoleitung wurden aber nicht mit anderen abgesprochen,

selbst die Demoleitung wurde nicht gewählt. Das bildete den einzigen Wermutstropfen der Gegenmobilisierung. Mit einem gut organisierten Ordnungsdienst wäre die Abhaltung dieser Kundgebung sicher möglich gewesen. Insgesamt war es aber gelungen, den Rechten die Straße zu nehmen und ihnen ihren Kommers kräftig zu versauen. Auch wurde auf die Provokationen der Polizei nicht reagiert und ihre so herbeigesehnten Krawalle blieben aus.

### FPÖ-Rede und Morddrohungen

Offensichtlich erbot über den Erfolg der Demonstration griff (Noch-FPÖ-Generalsekretär) Walter Meischberger das Antifaschistische Komitee (AKÖ) stellvertretend für die gesamte Antifa-Bewegung an. Er bezog sich auf den von Unwahrheiten gespickten profil-Artikel über das Anti-Nazi-Camp: „Wenn sogar das linkslinke profil das Antifa-Komitee als Chaoten und Spinner bezeichnet, kann man sich vorstellen, wer draußen wirklich gegen uns demonstriert“.

Am nächsten Tag erhielt Manfred Wiesner, Mitglied des Koordinationsrats des AKÖ und Vorwärtsunter-

stützer, drei Drohanrufe von Rechtsradikalen. „Linke Sau, wir kriegen Dich!“ und „Wir haben dich in Innsbruck gesehen. Du bist tot, du bist tot.“ fand er Sonntag, 20 Stunden nach der Demonstration auf seinem Anrufbeantworter vor. „Das erschreckende daran ist, daß ich erst vor 6 Wochen in die neue Wohnung eingezogen bin und seit 4 Wochen ein Telefon habe. Damit scheint ich auch in keinem Telefonbuch auf. Weil es in Wien noch drei andere Personen mit gleichem Namen gibt, müssen die Faschisten sehr gute Kontakte und Informanten haben, um meine Telefonnummer herauszufinden.“, so der Betroffene. Faktum ist, daß er zwei Infotische sowie die Kundgebung gegen den REJ-Kongreß anmeldete und auch einige Artikel im Vorwärts schrieb - also verstärkt in der Öffentlichkeit gegen die FPÖ in Erscheinung trat. Faktum ist auch, daß das AKÖ 1994 massiven Angriffen von Seiten der FPÖ ausgesetzt war (Vorwärts berichtete). Erst im Oktober wurde in einer bundesweiten Aussendung jungen Blaubraunen das AKÖ als un-demokratisch bezeichnet und unser Aufkleber „Kampf der FPÖ“ abgebildet, und auf der Abschlußkundgebung der FPÖ am Neuen Markt droh-

te ein mutmaßlicher REJ'ler an „euch ins KZ zu schicken!“: „Wir werden uns auf jeden Fall von dem braunen Gesocks nicht einschüchtern lassen und in die Offensive gehen. Innsbruck hat gezeigt, daß wir den Faschisten kein Fußbreit überlassen brauchen und wir stark genug sind, sie zurückzudrängen. Werdet aktiv und kommt in eine unserer Gruppen!“

**Hools prügeln AKÖ'ler**  
Samstag 23.30, Wien-Schwedenplatz, ein Aktivist des AKÖs ist mit einigen Freunden auf dem Weg zum Würstelstand. Plötzlich hält ein Schrei durch die Halle: „He, Antifas!“ Ca. 10 Rapidhooligans stürmen auf die Gruppe zu, dann geht alles schnell: Ein Holzprügel kracht in das Gesicht des AKÖ-Aktivisten. Nach kurzen Kampf liegt der 18-jährige Bursch mit einem schweren Nasenbeinbruch, mehreren Blutergüssen und Prellungen am Boden. Die eindeutig rechtsextremen Täter wurden von der Polizei geschleppt, da sie später auch einen Polizisten attackierten. Das AKÖ wird den Kampf gegen die Rechten fortführen, damit so etwas nicht mehr vorkommt.

**Mach mit beim Kampf gegen Rechts: Infos AKÖ, PF 8, 1061 Wien**